

01.12.2015

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 16/9300 und 16/10150 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Einzelplan 14 - Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Berichterstatlerin

Abgeordnete Eva Lux

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 14 wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 01.12.2015 /Ausgegeben: 01.12.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 14 wurde vom

- Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk Vorlage 16/3499

beraten. Zu den Beratungen lag mit der Vorlage 16/3171 der Erläuterungsband zum Einzelplan 14 vor.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk hat den Einzelplan 14 in seinen Sitzungen am 23. September 2015, 28. Oktober 2015 beraten und am 25. November 2015 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen vier Änderungsanträgen der CDU-Fraktion vor. Diese wurden abgelehnt. Das Abstimmungsverhalten ergibt sich aus der Vorlage 16/3499. Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen lagen dort noch nicht zur Abstimmung vor. Der Einzelplan 14 wurde dort mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN unverändert angenommen.

B Beratungsergebnisse der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 14 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 16/3374.

C Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss und den Unterausschüssen

Der Unterausschuss Personal hat den personalrelevanten Teilen des Einzelplans 14 in gemeinsamer Sitzung mit dem HFA am 1. Dezember 2015 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN zugestimmt.

Der Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen hat sich in seiner Sitzung am 18. November 2015 mit den Landesbetrieben des Einzelplans 14 abschließend befasst:

- Geologischer Dienst Nordrhein-Westfalen - Landesbetrieb -, Kapitel 14 830
- Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen, Kapitel 14 840
- Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen, Kapitel 14 850.

Das Ergebnis der Beratungen im Unterausschuss ist in Vorlage 16/3446 dargestellt. Der Zuständigkeitsbereich des Unterausschusses wurde mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN einstimmig unverändert angenommen. Änderungsanträge lagen dort nicht vor.

Die Beratungen zu diesem Bereich des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss sind in dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2016 - Drucksache 16/10500 - dargestellt.

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist in dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 16/10520 - dargestellt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 1. Dezember 2015 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 14 befasst. Zur abschließenden Sitzung lagen vier Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zur Abstimmung vor. Zu diesen Anträgen hatte der mitberatende Fachausschuss noch nicht votiert. Das Abstimmungsverhalten und die Ergebnisse ergeben sich aus dem Anhang.

D Abstimmung, Ergebnis

Der Entwurf des Einzelplans 14 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN so verändert **angenommen**.

Christian Möbius
Vorsitzender

Anhang 4 Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums
Änderungen in den Haushaltsansätzen

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD/ Grüne	<p>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft Titelgruppe 67 Digitale Wirtschaft NRW Titel 683 67 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes 2016 Ansatz lt. HH 2015 von 5.200.000 Euro um 310.000 Euro auf 5.510.000 Euro 0 Euro</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung 2016 Ansatz lt. HH 2015 von 20.850.000 Euro um 1.070.000 Euro auf 21.920.000 Euro 0 Euro</p> <p>Begründung: Mit den zusätzlichen Mitteln sollen modellhaft und zeitlich begrenzt (3 Jahre) Projekte gefördert werden, in denen Maßnahmen zur Verknüpfung von stationärem Einzelhandel und Online-Handel durchgeführt werden mit dem Ziel, die Attraktivität und Funktionalität der Innenstädte zu fördern. Hierbei soll vor allem Wert darauf gelegt werden, dass unterschiedliche Regionen und unterschiedliche Größen bei der Auswahl der Städte berücksichtigt werden. Ziel ist es, im Rahmen dieser Projektförderung Erkenntnisse zur Übertragbarkeit dieser Modellvorhaben auf andere Kommunen zu erhalten.</p>	<p>kein Votum des AWEIMH (lag dort noch nicht zur Abstimmung vor)</p> <p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP nein PIRATEN nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD Grüne	<p>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes Titelgruppe 60 Strukturhilfe für vom Braunkohletagebau geprägte Gebiete Titel 686 60 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Ansatzes 2016 Ansatz lt. HH 2015</p> <p>von um 250.000 Euro 250.000 Euro auf 250.000 Euro 500.000 Euro</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung 2016 Ansatz lt. HH 2015</p> <p>von um 100.000 Euro 100.000 Euro auf 200.000 Euro 300.000 Euro</p> <p>(fällig 2017 mit 150.000 Euro, 2018 mit 150.000 Euro)</p> <p><u>Begründung:</u> Durch die Strukturhilfen für von Braunkohletagebau geprägte Gebiete muss auch den kommenden Jahren weiterhin eine präventive Strukturpolitik betrieben werden, um die Folgen des Strukturwandels zu mildern. Analog zu den Strukturhilfen für Steinkohlerückzugsgebiete sollen Chancen für die Entwicklung der Region eröffnet werden, die mit den bisher zur Verfügung stehenden Förderinstrumenten nicht bedient werden können.</p>	<p>kein Votum des AWEIMH (lag dort noch nicht zur Abstimmung vor)</p> <p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enthaltung</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2016
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD Grüne	<p>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes Titelgruppe 70 Strukturhilfe für Steinkohlerückzugsgebiete Titel 686 70 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Ansatzes 2016 von 382.000 Euro um 382.000 Euro auf 764.000 Euro</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung 2016 von 100.000 Euro um 600.000 Euro auf 700.000 Euro (fällig 2017 mit 300.000 Euro, 2018 mit 400.000 Euro)</p> <p><u>Begründung:</u> Die Strukturhilfen für Steinkohlerückzugsgebiete haben sich als flexibles und passgenaues Instrument zur Abmilderung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Steinkohlerückzugs erwiesen. Dabei konnten neue Chancen für die Entwicklung der Region, die Nachnutzung und Aufbereitung von Flächen, die Entwicklung wirtschaftlicher Zukunftsfelder und die technische Bewältigung des Nachbergbaus eröffnet werden, die mit anderen Förderinstrumenten nicht hätten bedient werden können. Durch die Verstetigung des Ansatzes soll dieses Instrument auch weiterhin für diese Zwecke nutzbar bleiben.</p>	<p>kein Votum des AWEIMH (lag dort noch nicht zur Abstimmung vor)</p> <p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enthaltung</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																																		
	SPD Grüne	<p>Kapitel 14 750 Bergbau und Energie Titel 526 01 Sachverständige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2016</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>550.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>300.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2016</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>600.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>300.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">600.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Da sowohl 2013 als auch 2014 weniger als 100.000 Euro aus diesem Titel verwendet wurden, erscheint ein Ansatz sowohl für den Baransatz als auch für die Verpflichtungsermächtigung jeweils in Höhe von 300.000 Euro ausreichend.</p>	2016		Ansatz lt. HH 2015	von	550.000 Euro		um	250.000 Euro		auf	300.000 Euro	500.000 Euro	2016		Ansatz lt. HH 2015	von	600.000 Euro		um	300.000 Euro		auf	300.000 Euro	600.000 Euro	<p>kein Votum des AWEIMH (lag dort noch nicht zur Abstimmung vor)</p> <p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enthaltung	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	ja
2016		Ansatz lt. HH 2015																																			
von	550.000 Euro																																				
um	250.000 Euro																																				
auf	300.000 Euro	500.000 Euro																																			
2016		Ansatz lt. HH 2015																																			
von	600.000 Euro																																				
um	300.000 Euro																																				
auf	300.000 Euro	600.000 Euro																																			
SPD	ja																																				
CDU	Enthaltung																																				
GRÜNE	ja																																				
FDP	ja																																				
PIRATEN	ja																																				

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2016

Einzelplan 14: **Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**

Der nachfolgende Veränderungsnachweis basiert auf den Haushaltsansätzen bzw. den Stellenplänen und Stellenübersichten des Haushaltsentwurfs 2016 einschließlich der Ergänzungsvorlage (Drucksache 16/10150).

Veränderungsnachweis
Haushaltsplan
für den Geschäftsbereich
des Ministeriums für
Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk
für das Haushaltsjahr
2016

Kapitel 14 730
Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes
Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+)/ weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
14 730	Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes			
	Ausgaben			
	Titelgruppen			
	Titelgruppe 60 Strukturhilfe für vom Braunkohletagebau geprägte Gebiete			
686 60	692 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland. . .	250 000	+250 000	500 000
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	mehr / weniger		neu
	100 000	+200 000		300 000
	Summe Titelgruppe 60.	250 000	+250 000	500 000
	Titelgruppe 67 Digitale Wirtschaft NRW			
683 67	011 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unterneh- men.	5 200 000	+310 000	5 510 000
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	mehr / weniger		neu
	20 850 000	+1 070 000		21 920 000
	Summe Titelgruppe 67.	5 350 000	+310 000	5 660 000
	Titelgruppe 70 Strukturhilfe für Steinkohlerückzugsgebiete			
686 70	692 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland. . .	382 000	+382 000	764 000
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	mehr / weniger		neu
	100 000	+600 000		700 000
	Summe Titelgruppe 70.	382 000	+382 000	764 000
	Gesamtausgaben Kapitel 14 730.	127 037 800	+942 000	127 979 800
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 14 730.	205 007 800	+1 870 000	206 877 800

Veränderungsnachweis

Kapitel 14 750
Bergbau und Energie

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

14 750

Bergbau und Energie

A u s g a b e n

Sächliche Verwaltungsausgaben

526 01	631	Sachverständige.		550 000		-250 000		300 000
		Verpflichtungsermächtigung:						
		bisher	mehr / weniger		neu			
		600 000	-300 000		300 000			
Gesamtausgaben Kapitel 14 750.				173 479 700		-250 000		173 229 700
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 14 750.				12 650 000		-300 000		12 350 000

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	Gesamteinnahmen	185 290 800	—	185 290 800
	Gesamtausgaben	550 722 100	+692 000	551 414 100
	Verpflichtungsermächtigungen	492 690 800	+1 570 000	494 260 800

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2016	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2016
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	497	—	497
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	519	—	519
	Summe	1 016	—	1 016